

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Rolf Wernstedt MdL zur Berufung des Gespanns Horrmann/Haaßengier an die Spitze des niedersächsischen Kultusministeriums: Ausverkauf bedeutsamer Staatsämter.

Seite 1

Gernot Erler MdB stellt eine Nachbetrachtung zu Kohls Moskau-Besuch an: Die Grenzen der Begeisterung.

Seite 2

Dokumentation:

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Forderungskatalog zum Umweltschutz vorgelegt, den wir in zwei Teilen dokumentieren: Der Kampf gegen die Luftverschmutzung duldet kein Zögern mehr. (Teil II und Schluß)

Seite 5

43. Jahrgang / 212

4. November 1988

Ausverkauf bedeutsamer Staatsämter

Zur Berufung des Gespanns Horrmann/Haaßengier an die Spitze des niedersächsischen Kultusministeriums

Von Rolf Wernstedt MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Das Gespann Horrmann/Haaßengier als Führungsspitze im niedersächsischen Kultusministerium ist für Niedersachsen eine bildungspolitische Katastrophe. Während mit Horrmann ein Mann zum Minister gemacht wird, der in vielen bildungspolitischen Fragen mehrmals seine Meinung wie ein Hemd gewechselt hat, wird mit Haaßengier ein in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen schwer belasteter und als CDU-Politruke bekannter Mann in die Spitze des wichtigsten Landesministeriums befördert. Diese Art der Personalwirtschaft ist eine Provokation für alle Schüler, Lehrer und Eltern in Niedersachsen.

Der neue Kultusminister kann bei Kenntnis vieler Einzelheiten nicht verdecken, daß er in fundamentalen bildungspolitischen Grundfragen keine wirkliche Meinung hat. In den 70er Jahren hat er mit dem damaligen Kultusminister Remmers vehement für die Einführung der Orientierungsstufe gestritten, seit 1983 lehnt er sie ab und ist wesentlich verantwortlich für den Chaos-Beschluß des CDU-Landesparteitages zur Orientierungsstufe. Horrmann hat jahrelang das Berufsgrundbildungsjahr verteidigt, jetzt ist er dabei, es konzeptionslos aufzulösen. In den pädagogischen Fragen der gymnasialen Oberstufe hat er sich dem Niveau von Stammtischen genähert. Bisher fehlen jegliche konzeptionellen Leitgedanken für eine weiterführende pädagogische Perspektive in Niedersachsen. Mit Haaßengier tritt ein Mann an die Verwaltungsspitze des Kultusministeriums, für den Personalpolitik und Pöstchenschieberei das kennzeichnende Merkmal seiner bisherigen Tätigkeit war. Haaßengier ist der schlechteste Repräsentant des politischen Systems gegenüber unserer Jugend in Niedersachsen. Wir müssen uns gegen den Ausverkauf staatlich bedeutsamer Ämter in einer solchen Weise zur Wehr setzen.
(-/4.11.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kern- und Laserdruck
mit 100% recyceltem Kultuspapier
Kern- und Laserdruck



Die Grenzen der Begeisterung

Eine Nachlese zu Kohls Moskau-Besuch

Von Gernot Erler MdB

Es ist die Frage, ob man wirklich Gratulationsblumen überreichen kann zum Kohl-Besuch in Moskau. Das hängt davon ab, woran man das Erreichte mißt.

Erste Möglichkeit: Man hält sich an Heiner Geißler. Der zog am 20. Oktober noch einmal den zeitgeschichtlichen Bogen zu den Moskaureisen Adenauers 1955 und Willy Brandts 1970 und formulierte folgende Erwartungen: Fortschritte in der Berlin-Politik, der Deutschlandpolitik, bei der Abrüstung und bei den Menschenrechten. Bei Lichte besehen hat der Kohl-Besuch auf keinem dieser Felder Substanz hervorgebracht.

In der Berlin-Frage hat Gorbatschow die Unveränderlichkeit des besonderen Status der Stadt unterstrichen und die Prüfstein-These geradezu grob zurückgewiesen. Daß Kohl plötzlich von einem Auftrag an die Außenminister Genscher und Schewardnadse sprach, „neue Formulierungen“ für die Einbeziehung Berlins in bilaterale Abkommen zu erarbeiten, hat bei Sachkennern ziemliche Bestürzung ausgelöst. Denn gerade vor dem Moskau-Besuch hatten sich die Außenminister auf der Basis der seit 1973 gültigen sogenannten Frank-Falin-Klausel erneut auf eine pragmatische Behandlungsweise dieses Problems geeinigt.

Kein Jota Abstriche machte Gorbatschow von der sowjetischen Position in der Deutschlandfrage. Auch nur den Wunsch, den Status quo als „Ergebnis der Geschichte“ ändern zu wollen, bezeichnete er als „unberechenbares und sogar gefährliches Unterfangen“. Diese Tür bleibt vorerst fest verschlossen.

Im Gepäck des Kanzlers und seines umfangreichen Trosses befand sich kein konkreter Vorschlag zur Abrüstung. Es blieb bei den Standardforderungen nach möglichst unilateraler Verminderung von sowjetischen atomaren Kurzstreckenwaffen und der sowjetischen konventionellen Rüstung. Mit anderen Worten: hier war ein Ergebnis gar nicht angestrebt.

Zu den Menschenrechten erschien immerhin eine Meldung, die wie ein Erfolg klang: Moskau läßt bis Ende des Jahres alle politischen Häftlinge frei. Der außenpolitische Sprecher Gerassimow rückte die Dimension aber rasch wieder zurecht - das sei schon im letzten Jahr angekündigt worden, beziehe sich aber auf Inhaftierte nach den §§ 70 und 190 der sowjetischen Strafprozeßordnung (antisowjetische Agitation und Propaganda sowie Verleumdung der sowjetischen Staatsordnung) und betreffe noch ganze elf Personen. Amnesty international betreut aber gegenwärtig nach eigenen Angaben noch etwa 300 politische Gefangene in der Sowjetunion.

Zwischenbilanz: nach dem vom CDU-Generalsekretär selber gelieferten Maßstab hat der Moskau-Besuch des Kanzlers zumindest das Thema verfehlt.

Zweite Möglichkeit: Man gibt sich bescheidener und wertet die Kohl-Reise als „Startschuß zur Normalität“ (Stuttgarter Zeitung), konzentriert sich also auf Fragen der Atmosphäre. Der Kanzler und seine Sprecher scheuten weder Mühe noch meteorologische Fachtermini, um das Ende einer Eiszeit zu beschreiben.

Verlockend dabei wäre, das jetzt konstatierte Tauwetter als Beleg für die Existenz der Eiszeit zu nehmen, vor der die SPD 1983 gewarnt hatte. Wichtiger aber scheint die Frage: wer hat denn eigentlich die Schollen so dick werden lassen? Es geschah unter dieser Regierung und der Verantwortung des Historikers Kohl mit seinen unsäglichen Vergleichen. Was jetzt in Moskau atmosphärisch repariert wurde, läuft also nach dem Motto der Freude über den nachlassenden Schmerz, den man selber verursacht hat.

Genauerer Hinsehen lehrt aber auch hier, daß die atmosphärischen Fortschritte einem nicht gerade den Atem rauben. Ungewöhnlich, wie Gorbatschow in seiner Tischrede gleich vier Opponenten und Konkurrenten des Kanzlers namentlich lobte (Brandt, Genscher, Späth und Rau). „Eher harsch als huldvoll“ nannte Christian Schmidt-Häuer in der ZEIT das Verhalten des Generalsekretärs. Da erfährt man vom Kanzler selber zur Beruhigung, daß die Gespräche in „europäisch kultivierter Weise“ gelaufen seien. Wenn trotzdem am Ende beide Seiten entschlossen den Erfolg der Visite beschwören, dann wohl in erster Linie, weil beide dieses öffentlich abgesegnete Ergebnis brauchen.

Vielleicht - und das wäre dann ein Trost - tritt ja aber ein, was die Süddeutsche Zeitung voraus sagte: „Wo alle, auch aus innenpolitischen Gründen, so fest entschlossen sind, die gemeinsame Zukunft erfreulich zu finden, bleibt dieser Zukunft vielleicht gar nichts anderes übrig, als sich danach zu richten.“

Dritte Möglichkeit: Man geht davon aus, daß hier eigentlich 70 deutsche Großindustrielle und Bankiers nach Moskau gefahren sind, um 30 Wirtschaftsvereinbarungen zu schließen, die aber noch einen Kanzler, fünf Minister und zwei Generäle mitgenommen haben, die dann sieben seit langem vorbereitete Regierungsabkommen unterzeichnen. Dies scheint die Sichtweise unserer westlichen Freunde zu sein, die sich ja mit skeptischen bis böswilligen Nachfragen genau auf diesen Teil des Besuchsprogramms gestürzt haben (Thatcher: „blauäugiger Optimismus“, „Steuer-gelder für die Unfähigkeit des Sowjetsystems“).

Die Initiative auf dem Wirtschaftssektor geht von der deutschen Wirtschaft aus. Den Drei-Milliarden Kredit hat Alfred Herrhausen in Moskau (noch einmal) paraphiert. Er weiß, daß eine Art Wettlauf begonnen hat. Die Kredite, die Frankreich und England bereitstellen wollen, liegen über dem deutschen Rahmen. Insgesamt erwartet die Sowjetunion in diesen Wochen eine belebende Finanzspritze westlicher Banken von knapp 15 Milliarden DM. In diesem Kontext stellen die in Moskau getroffenen Vereinbarungen einen sinnvollen Versuch dar, die besondere Rolle der Bundesrepublik im ökonomischen und technischen Austausch mit der Sowjetunion zu erhalten und auszubauen. Mit Ausnahme des fragwürdigen HTR-Geschäfts entbehren diese Vorgänge der Sensation. Kohl hat zu ihnen nichts Eigenes beigetragen.

Die Defizite: Die drei angelegten Meßlaten zeigen, daß die meistdiskutierte Frage dieser Tage, ob nämlich in Moskau eine neue Seite oder gar ein neues Kapitel im Geschichtsbuch aufgeklappt wurde, mangels konkreter Anhaltspunkte nicht beantwortet werden kann. Eine Wertung des „Rheinischen Merkur“ besticht durch ihre Nüchternheit: „Das, was in Moskau wirklich geschehen ist, rechtfertigt aber den Anspruch kaum, es gebe nun in den Beziehungen der beiden Staaten eine neue Qualität.“

Sie wäre möglich gewesen, wenn Kohl

- den Mut gehabt hätte, mit deutschen Vorstellungen zur konventionellen Abrüstung nach Moskau zu fahren und mit Gorbatschow darüber unter Einschluß der bereits bekannten sowjetischen Stufenpläne diskutiert hätte;
- ein deutliches Signal in Moskau gesetzt hätte, daß eine weitere atomare Abrüstung im deutschen Interesse liegt und deshalb für die Bundesrepublik keinerlei technische Umgehung des INF-Abkommens infrage kommt;
- den Gedanken eines „Europäischen Reykjavik“ aufgegriffen und weiterentwickelt, statt auf die lange Bank geschoben hätte;
- konkrete Vorschläge mit der sowjetischen Führung beraten hätte, wie angesichts des bevorstehenden westeuropäischen Binnenmarktes die wirtschaftlichen Beziehungen zu Osteuropa gestaltet werden können, statt hier nur vage Absichtserklärungen abzugeben;
- ein klares Wort gegen jede Embargo-Politik gegenüber der Sowjetunion geführt hätte;
- einen Weg gefunden hätte, die Interessen beider Deutschlands und Berlins in den Rahmen einer künftigen Europäischen Friedensordnung zu stellen und damit verhandelbar zu machen mit den sowjetischen Ideen eines „Gesamteuropäischen Hauses“.

Zu all dem war der Kanzler nicht fähig, nicht willig. Vielleicht hat er eigene Pläne für den Mai 1989, wenn der sowjetische Generalsekretär nach Bonn kommt. Dann soll ein „gemeinsames politisches Dokument“ erarbeitet werden. Der Bundestagswahlkampf läßt schon grüßen.

Die verpaßten Chancen wiegen schwer. Zum Oberreichen von Blumen besteht kein Anlaß.

(-/4.11.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION
=====

Der Kampf gegen die Luftverschmutzung duldet kein Zögern mehr (Teil II und Schluß)

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Forderungskatalog zum Umweltschutz vorgelegt, den wir in zwei Teilen dokumentieren.

7. Flugzeugabgase müssen ebenfalls reduziert werden

Immer wieder werden Halbwahrheiten von der Bundesregierung wiederholt, die dadurch nicht wahrer werden, in dem man sie wiederholt: Es ist einfältig, den Anteil des Luftverkehrs am Schadstoffausstoß lediglich mit ein Prozent zu beziffern. Es läßt sich mit Prozentzahlen hier der wirklichen Luftverschmutzung nicht auf die Spur kommen. Verschwiegen wird, daß die Emissionen sich in bestimmten Gebieten außerordentlich verdichten, zum Beispiel in der Umgebung von Flughäfen, unter den Luftstraßen und in militärischen Tieffluggebieten.

Wir können nicht länger zusehen, daß 70 Prozent aller Flüge in Höhen zwischen neun und zwölf Kilometern abgewickelt werden, und zwar konzentriert auf die nördliche Halbkugel, zwischen 30 und 60 Grad N. Also bei uns über Westeuropa und Amerika. Dort trägt die NOx-Emission aus dem Luftverkehr zur Vermehrung des troposphärischen Ozons bei und damit zur Verstärkung des Treibhauseffektes. In der Troposphäre, und ganz besonders in Bodennähe, ist Ozon das aggressive Umweltgift, das den Wald und die Vegetation schädigt - ganz im Gegensatz zur Stratosphäre. Dort wirkt die Ozonhülle als lebensschützender Filter, der die harte UV-Strahlung der Sonne abhält. Aber gerade in der Stratosphäre, in Höhen also über zwölf bis 15 Kilometern, verrichten Flugzeugschadstoffe ebenfalls ihr zerstörerisches Werk. Sie tragen hier über luftchemische Prozesse zum noch schnelleren Abbau der Ozonhülle bei; noch schneller deshalb, weil der Löwenanteil bei der Ozonvernichtung durch FCKW's verursacht wird. Es wird Zeit endlich zu handeln:

- Entwicklung abgasärmerer Triebwerke und entsprechende internationale Vorschriften zu ihrer Einführung; drastische Verringerung des NO x-Ausstoßes.
- Begrenzung der Flughöhen; keine Verlagerung der Luftstraßen in die Stratosphäre, auch wenn wegen Überfüllung des Luftraumes in den unteren „Etagen“ in dieser Richtung Druck entstehen würde.
- Keine, oder zumindest keine erhebliche Ausweitung des Luftverkehrs über den jetzigen Umfang hinaus; die angestrebte Verdoppelung der Flugbewegungen über Westeuropa ist unter Umweltaspekten nicht akzeptabel.
- Rascher Ausbau des Schnellbahnsystems als Alternative für innerdeutsche Kurzstreckenflüge, Verlagerung der Verkehrsströme von der Luft auf die Schiene.
- Streichung der Mineralölsteuerbefreiung für den Binnenluftverkehr, um den Anreiz zum Umsteigen zu verstärken.
- Keine weitere Liberalisierung, das heißt keine Fortführung der Politik des „Offenen Himmels“, wie sie im Blick auf den europäischen Binnenmarkt für 1992 vom EG-Ministerrat beschlossen wurde.

8. Stop der Luftverschmutzung durch Energieeinsparung und Einführung rationeller Energienutzung

Der Entwurf einer neuen Energiestrategie verlangt mehr als nur die Kursbestimmung über den Preis. Die Herausforderung an Politik und Energieplaner liegt darin, die Emissionen von CO₂, Schwefeldioxyd und Stickoxiden zu reduzieren, in dem noch wesentlich sparsamer mit Energie umgegangen und die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen vorangetrieben wird. Es muß alles getan werden, um den gegenseitigen Erwärmungsprozeß auf der Erde zu bremsen. Dafür gibt es zahlreiche Lösungsmöglichkeiten, den Wirkungsgrad des Energieeinsatzes zu erhöhen. Die SPD hat im Mai 1988 ein Programm zur „Energieeinsparung und rationellen Energienutzung“ vorgelegt. Mit diesem Programm sollen die vorhandenen Einsparpotentiale - 50 Prozent bei der Raumwärme, zehn Prozent bis 20 Prozent bei der Prozeßwärme, 20 Prozent beim Stromverbrauch - genutzt werden. Der Ausbau der Fernwärme und der Wärmekraft-Koppelung wird wieder belebt.

Die wesentlichen Schwerpunkte:

- Energieeinsparung bei Raumheizung und Warmwasserbereitung;
- Energieeinsparung und rationellere Nutzung der Prozeßwärmeerzeugung;
- Minderung der Luftverschmutzung durch geringeren Brennstoffeinsatz bei gleichbleibendem Wirkungsgrad in fossil gefeuerten Kraftwerken;
- Stromeinsparung in Haushalten, Industrie und Gewerben;
- Nutzung erneuerbarer Energien;
- Ausbau der Fernwärme und Wärmekraft-Koppelung;
- Energieeinsparprogramm bei öffentlichen Gebäuden;
- Förderung der Energieberatung und der Energiedienstleistung über staatliche Finanzierung;
- Förderung von Energiekonzepten;
- Verkehrliche Maßnahmen wie Tempolimit, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, Förderung des ÖPNV;
- Erhöhung der öffentlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in diesen Gebieten.

Wer wie die Bundesregierung die Energiepolitik allein dem Markt überläßt, der fördert die Energieverschwendung, belastet unsere Gesundheit, tut nichts gegen das Waldsterben und nimmt steigende Materialschäden in Kauf.

Fazit:

Die CDU-geführte Bundesregierung und an ihrer Spitze der Bundesumweltminister Töpfer verweigern sich der Einsicht, daß die Neben- und Summenwirkungen sowie langfristige Wirkungsnetze in der Luftreinhaltung endlich berücksichtigt werden müssen.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, nicht länger weiterhin katastrophale Waldschäden und erhöhte Atemwegserkrankungen der Menschen zu ignorieren. Zu einem umwelt- und gesundheitsverträglichen, vorsorgenden Umweltkonzept gehört unbedingt ein Programm zur Bekämpfung der Luftverschmutzung. Weit und breit ist dies nicht in Sicht. (-/4.11.1988/vo-he/rs)

* * *